

Einige Gedanken zu PEGIDA und der Rolle von Medien und Politikern

Vorwort:

Dieses Dokument richtet sich zu allererst an Personen, die Informationen zu PEGIDA suchen und sich bisher vorwiegend aus den sogenannten „Qualitätsmedien“ informiert haben. Im Besonderen richtet sich dieses Dokument aber auch an Christen.

Von Politikern und Medien erfahren wir vorwiegend, dass diejenigen, die bei PEGIDA mitgehen „eine Schande sind“ (Justizminister Heiko Maas [69]), teils „rechtspopulistisch bis rechtextrem“ [70] veranlagt sind und sich „ausländer- und muslimfeindlich“ [71] verhalten.

Dieses Dokument versucht obige Einschätzung etwas genauer unter die Lupe zu nehmen. Auffällig ist dabei, dass viele Negativbegriffe so benutzt werden, als wäre deren Bedeutung klar. Aber ist es das wirklich? Zum Beispiel der Begriff „Ausländerfeindlichkeit“. Ist man ausländerfeindlich, wenn man die nachfolgend beschriebenen Phänomene erkennt und wie PEGIDA eine gesteuerte Zuwanderung fordert? Oder ist man bereits ausländerfeindlich, wenn man in Oslo wohnend seiner 18-jährigen Tochter empfiehlt dort eine bestimmte Gegend zu meiden? Oder sind bereits die deutschen Politiker ausländerfeindlich, die ihre Kinder in Berlin auf eine Privatschule schicken?

Und was ist populistisch? Handeln nicht die Politiker äußerst populistisch, die nicht differenzieren und den Demonstranten grundlegend unterstellen, muslimfeindlich eingestellt zu sein, obwohl diese sich laut Positionspapier nicht gegen integrationswillige Muslime (also Menschen), sondern gegen eine „frauenfeindliche, gewaltbetonte politische Ideologie“ wenden? Sind im Gegensatz dazu diejenigen, die gegen PEGIDA auf die Straße gehen, für eine frauenfeindliche Ideologie?

Im einzelnen enthält das Dokument Abschnitte zu den Themen:

- Darf ich als Christ bei PEGIDA mitgehen?
- Könnte es sein, dass man von Politikern und Medien manipuliert wird?
- Beispiele für Manipulation
- Islamisierung auch ohne 50% Mehrheit möglich
- Integrationswillen von Muslimen, Demokratie, Islamische Staaten, Christenverfolgung
- Ein Blick über die Ländergrenzen - Wo soll das hinführen?
- Reale Gefahr auch bei uns

Das Dokument ist nicht dazu gedacht, alle PEGIDA-Teilnehmer „heilig zu sprechen“. Aber fest steht: Bisher wird PEGIDA von Menschen repräsentiert, die gewaltfrei von ihrem Recht auf Meinungsfreiheit Gebrauch machen. Und fest steht aber auch, dass unter allen Muslimen in Deutschland etwa ein Prozent (40.000 – 50.000) **aktive Islamisten** [10] sind. Wer da noch von „diffusen Ängsten“ spricht, ist vielleicht gefährlicher für Deutschland, als die meisten PEGIDA-Teilnehmer.

Abschließend noch eine Frage: Stammt das nachfolgende Zitat von einem der PEGIDA-Organisatoren? „[...] *ich sage Europa und dem Westen insgesamt, aber ich sage auch den Journalisten: **Wacht auf! Hört auf, den politischen Islam zu unterstützen. Seid nicht naiv, diese Leute kennen keine Toleranz und bedrohen sogar die Muslime, die ihrer Meinung nach zu moderat sind.***“ [72] Nun, das Zitat beginnt mit „Ich sage den Franzosen, ich sage Europa ...“ und stammt von einem mutigen Mann, nämlich vom Chefredakteur des Charlie Hebdo, Gérard Biard, der am 07.01.2015 für seine politische Einstellung sein Leben lies. Er wird heute von den Politikern geehrt, könnte mit seiner obigen Einstellung aber auch durchaus ein PEGIDA-Anhänger gewesen sein.

1. Darf ich als Christ bei PEGIDA mitgehen?

Nicht wenige ernst zu nehmende Christen und auch Kirchenvertreter argumentieren, dass man bei PEGIDA nicht mitgehen dürfe, da PEGIDA fremdenfeindlich sei und außerdem in den Demonstrationen Hooligans und Nazis mitgingen.

Zum Thema Fremdenfeindlichkeit: Laut PEGIDA-Positionspapier [63] steht unter Punkt 1 „PEGIDA ist FÜR die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen und politisch oder religiös Verfolgten. Das ist Menschenpflicht!“ Daraus kann man sicherlich keine Fremdenfeindlichkeit ableiten, ganz im Gegenteil. Neben dem Recht auf Asyl gibt es aber auch das Thema Zuwanderung. Hier vertritt PEGIDA unter Punkt 11 „PEGIDA ist FÜR eine Zuwanderung nach dem Vorbild der Schweiz, Australiens, Kanadas oder Südafrikas!“ Wenn man daraus Fremdenfeindlichkeit ableitet, dann wundert es mich, warum die Medien und Politiker, die gegen PEGIDA hetzen nicht auch die Präsidenten oder Staatschefs der oben genannten Länder als fremdenfeindlich, rassistisch oder als Nazis beschimpfen. Irgendwie passt das überhaupt nicht zusammen.

Es stellt sich hier die Frage: Haben die Medien und Politiker überhaupt jemals das Positionspapier der PEGIDA gelesen, oder wird hier ganz bewusst nicht auf die Forderungen des Papiers eingegangen - denn wer gibt schon öffentlich gerne zu, dass er Friedensrichter und Parallel-Justiz toleriert, in der die Scharia gilt, was in Deutschland in einigen Städten bereits Realität ist (siehe unten). Dass die Scharia nicht mit unserem Grundgesetz vereinbar ist, da sie die Gleichberechtigung verletzt, ist offensichtlich kein Problem für unsere links-grünen Medien und Politiker.

Auch bei der Information über die PEGIDA-Demonstrationen wird munter manipuliert. Der Fall des Reporters, der sich als PEGIDA-Demonstrant ausgab und im Fernsehinterview fremdenfeindliche Parolen von sich gab, dürfte hinreichend bekannt sein. Aber dies ist nicht der einzige Fall. So berichtet ein Abiturient, der bei PEGIDA mitlief. „Als ich das [Anm.: er sei nicht gegen den Islam] eben einem Kamerateam sagte, schalteten die sofort die Kamera aus und suchten sich einen anderen - das wollten die nicht hören.“ [8] Richtig krass ist allerdings folgender Link auf die Facebook-Seite von Dr. Ulfkotte. Dass die Manipulation schon so weit geht, hätte ich nicht für möglich gehalten [64].

Zum Thema mitgehen, wenn einige Nazis dabei sind: Zunächst zu den Fakten: Es ist interessant. Die Medien und Politiker schwadronieren immer wieder von Rechtsextremen und Hooligans, die bei PEGIDA mit dabei seien, wenn man aber nach konkreten Zahlen im Internet sucht: Fehlanzeige. Es hat dann über eine Viertelstunde gedauert, bis ich auf ein Interview mit dem PEGIDA-Originator Lutz Bachmann gestoßen bin, in dem er sagte, die Polizei habe unter den 7500 Teilnehmern 25 Rechtsextremisten und 120 Personen aus der Hooligan-Szene identifiziert. Und weiter: "Natürlich haben wir uns von diesen Leuten distanziert." Mehr könne man nicht tun. [9] Wir haben es also bei dieser Demonstration mit 0,33 Prozent Nazis zu tun und etwa weiteren 120 Personen, denen man nicht gerne alleine auf der Straße begegnen möchte.

Soll man wegen dieser 150 nun besser nicht demonstrieren gehen?

Ich bin der gegenteiligen Meinung. Gerade wegen dieser 150 muss man demonstrieren gehen, um diesen Rechtsextremen nicht die Chance zu geben, den berechtigten Protest der Bürger zu zerstören. Denn wir haben in Deutschland derzeit ganz gefährliche Entwicklungen in Bezug auf den Rechtsstaat, Demokratie und Meinungsfreiheit. Angenommen Medien und Politik würde es tatsächlich gelingen, mit Warnung vor Rechtsextremen die Demonstrationen im Keime zu ersticken, so wäre damit eine Musterbeispiel geschaffen, wie man jegliche zukünftige bürgerliche Proteste (z.B. gegen die Sexualisierung unserer Kinder) im Keime ersticken kann. Man muss dann nur ganz einfach ein paar Rechtsextreme hinschicken. Wie man das macht? Nun, laut Medienberichten verfügt der Staat über

etwa einhundert V-Männer in der rechtsextremen Szene [11]. Aber auch der Antifa ist es zuzutrauen, dass die das rechte Lager verdeckt mit Informationen versorgen, um diese zu aktivieren und damit für die eigenen Zwecke zu missbrauchen. Dumm genug dafür sind sicherlich eine ausreichende Anzahl von Rechtsextremen. Wer einmal auf einer Demo war und die hassverzerrten Gesichter der ANTIFA-Anhänger gesehen hat, weiß, wozu diese fähig sind. Ich kann es zwar nicht beweisen, aber der nachfolgende Eintrag auf der PEGIDA-Facebook-Seite deutet darauf hin, dass hier mit allen Mitteln gekämpft wird:



PEGIDA

31. Dezember 2014 um 06:39 · Bearbeitet ·

Stehen wir kurz vor einem Verbot unserer Bewegung?

Wir mussten wieder einige Beiträge löschen! Dies ist in Folge der nächtlich tätig werdenden Aktivisten des linken Lagers geschehen. Es werden unglaublich dumme, rassistische und verfassungsfeindliche Kommentare von Fakeprofilen geschrieben, um ein falsches Bild unserer Bewegung darzustellen. Wir bitten um Euer Verständnis!

Wir wünschen uns allen einen guten Rutsch und ein besseres, friedliches Jahr 2015!

Aber wieso können die PEGIDA Ziele positiv sein, wenn die Nazis die gleichen Ziele haben?

Für einen Christen muss immer gelten, dass er vor Gott Rechenschaft ablegt, ob die Ziele einer Bewegung vor Gott in Ordnung sind. Nur sich von etwas zu distanzieren, nur weil man von Nazis unterstützt wird, ist dämlich. Denn dann müsste ich mich beispielsweise auch vom Kindergeld distanzieren, wenn mir ein Nazi sagt, dass „er das auch gut findet und dass das ja schließlich von Adolf eingeführt wurde.“ Wobei es durchaus Dinge gibt, die ich gerne abschaffen würde, weil es von den Nazis mit einer ganz bestimmten Intension eingeführt wurde. Wer weiß, dass heute immer wieder Väter und Mütter in Internierungshaft kommen, weil sie sich weigern ihre Kinder zum Sexualekundeunterricht zu schicken? [12] Mal ganz davon abgesehen, dass diese Maßnahme absolut unverhältnismäßig ist, so stammt das Gesetz, auf das sich die Richter berufen, aus dem Jahre 1938 und wurde von den Nazis erlassen, um einen besseren Zugriff auf die Kinder zu haben — oder wie es Olaf Scholz in einem anderen Zusammenhang sagte: „Wir wollen die *Lufthoheit über den Kinderbetten* erobern“. [13] Interessant ist, dass dieses Gesetz vorwiegend in Ländern mit rot-grüner Landesregierung angewendet wird. Da sind die Nazi-Gesetze plötzlich gut.

Wem das als Begründung noch nicht ausreicht: Drehen wir den Spieß doch einfach mal um. Nach ihrer Neujahrsansprache und der Warnung, „denen“ nicht zu folgen, die zu PEGIDA-Demonstrationen aufrufen, ... „denn zu oft sind Vorurteile, ist Kälte, ja, sogar Hass in deren Herzen!“ bekam Frau Merkel viel Lob. Von allen Parteien (außer der AfD) und auch von der „Islamischen Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (ISECO)“, die aus Saudi-Arabien finanziert wird. Der Direktor der ISECO, Abdulaziz Othman Altwaijri, fordert die „europäischen Regierungen auf, sich für Toleranz, Koexistenz, Frieden und Werte der Menschenrechte“ einzusetzen, wie die Nachrichtenagentur Islamic News berichtet. Die Agentur gehört, wie die ISECO, zur „Organisation of Islamic Cooperation“ [14]. Nur zur Erinnerung: Saudi-Arabien ist nicht nur das Land, in dem muslimische Frauen nicht Auto fahren dürfen, sondern in denen bereits das Mitführen einer Bibel strafbar ist. Für den Abfall eines

Muslims vom islamischen Glauben fordert die Scharia für dieses „Vergehen“ die Todesstrafe. Sollte Frau Merkel sich nicht nach der gleichen Logik, nämlich sich von Dingen fernzuhalten, die Nazis gut finden, von ihrer Neujahrsansprache distanzieren, da diese ja ganz offensichtlich Gefallen bei den Falschen findet?

Noch eine Anmerkung zur angedeuteten Gefahr für unseren Rechtsstaat. In den letzten Jahren häufen sich die Fälle, in denen Menschen medial vorverurteilt und „hingerichtet“ werden, ohne dass ein Gerichtsverfahren stattgefunden hat. Frau Herman, deren eigentliches „Verbrechen es war, sich eher skeptisch und warnend gegen Kinderkrippen auszusprechen [65], hat durch ein angebliches Nazi-freundliches Zitat ihre Anstellung verloren und musste später die Privatinsolvenz anmelden. Wer den Fall mit den Originalzitaten verfolgt hat und was die Medien daraus gemacht haben, weiß, was ihr angetan wurde. Jahre nach ihrem Rauswurf unterlag sie schließlich in letzter Instanz vor dem Bundesverfassungsgericht, das sagte: „Weil es Herman nicht gelungen ist, sich unmissverständlich auszudrücken, müsse sie die Kritik „als zum Meinungskampf gehörig“ hinnehmen.“ Mit anderen Worten, man darf jemand als Nazi titulieren (mit allen Konsequenzen für dessen Leben), wenn man es der Person mit verkürzten und verfälschten „Zitaten“ in den Mund legen kann. Da hilft es auch wenig, wenn Herman vor dem strittigen Satz sagte: „Und wir müssen vor allem das Bild der Mutter in Deutschland auch wieder wertschätzen lernen, das leider ja mit dem Nationalsozialismus [...] abgeschafft wurde.“ Nach einem Lob der Familienpolitik der Nazis klingt das für den Bürger mit gesundem Menschenverständnis nicht gerade, eher als ein Fall von politisch motiviertem Gerichtsurteil.

Das Vorgehen im Fall Herman folgt übrigens einem altbekannten Muster des Zentralkomitees der KPdSU in Moskau. Diese haben bereits 1943 in einem Skript gefordert:

„Mitglieder und Frontorganisationen müssen unsere Kritiker ständig in Verlegenheit bringen, diskreditieren und herabsetzen. Wenn Verzögerungstaktiker allzu lästig werden, etikettiere man sie als Faschisten oder Nazis oder Antisemiten. [...] Die Gleichstellung wird, wenn man sie häufig genug wiederholt, in den Augen der Öffentlichkeit zur „Tatsache“ werden.“ [55]

Wenig besser erging es später unserem letzten Bundespräsidenten. Immerhin gab Heribert Prantl (Jurist und Innenpolitikchef der Süddeutschen Zeitung), der ja eher links angehaucht ist, in der Sendung Maybrit Illner vom 24.07.2014 zu: „Natürlich war das eine Kampagne. Es war über Wochen und Monate hin eine Art Treibjagd [...], die letztendlich das Ziel hatte den Präsidenten Wulff zu erledigen und abzulösen. [...] Pressefreiheit ist für die Demokratie da. [...] Sie ist nicht dazu da, jemanden kaputt zu schreiben. [...] Man wollte wissen, wie weit kann ich es treiben und welchen Erfolg kann ich haben. Ich glaube, eine solche Jagd hat es in der Geschichte der Bundesrepublik bis dato nicht gegeben und [...] es darf eine solche Jagd auch nicht mehr geben“.

Es darf sie nicht mehr geben, aber es gibt sie. Die linken Medien lassen nicht locker, von daher ist der jetzige Protest ungemein wichtig. Denn es geht um unseren Rechtsstaat (Medien dürfen nicht zur vierten Instanz mutieren), Demokratie und Meinungsfreiheit (der berechtigte Protest von ca. 98% Bürgern mit weitestgehend berechtigten Forderungen (siehe unten) darf nicht durch 2% Nazis und Hooligans erstickt werden).

Ein schönes Beispiel, wie weit die Heuchelei und Unredlichkeit der „politisch Korrekten“ und der von den Medien geschützten Politiker geht, zeigte im Zusammenhang mit PEGIDA unser Alt-Bundeskanzler Gerhard Schröder sehr eindrucksvoll. So forderte er kurz vor Weihnachten „einen Aufstand der Anständigen gegen PEGIDA“. [35] Unter diesem Schlagwort hatte der damalige Kanzler im Jahr 2000 nach einem Brandanschlag auf eine Düsseldorfer Synagoge zum "Protest gegen Rechts"

aufgerufen. „In Berlin haben damals 200.000 Menschen gegen Ausländerfeindlichkeit und Antisemitismus protestiert, und selbstverständlich sind Bundespräsident und Bundeskanzler vorneweg marschiert. So eine öffentliche Reaktion brauchen wir auch jetzt“, sagte der SPD-Politiker der Zeitschrift *Couragiert*. [35]

Ich frage mich nur, wo Schröders Ruf nach dem Aufstand der Anständigen war, als im Sommer durch Deutschlands Städte „Juden ins Gas“ erschalle. Kein Wort, nichts, nur Schweigen. Hattest wohl Angst, Du Heuchler! Hasserfüllte Moslems, die Juden ins Gas wünschen, werden übersehen, friedliche Bürger Deutschlands, die eine Verbesserung für anerkannte Asylanten, die Anwendung des Asylgesetzes, sowie eine Zuwanderung nach klaren Regeln wünschen, werden als unanständiger Abschaum behandelt. Nur Menschen, deren Gerechtigkeitsgefühl vollkommen verbogen ist, können einem solchen Verhalten noch folgen.

Aber nicht nur deshalb ist Schröder ein Heuchler. Denn was er im Jahr 2000 tat, war genau diese oben erwähnte Vorverurteilung ohne überhaupt die Täter zu kennen. Die bösen Rechten gab es nämlich bei diesem Brandanschlag gar nicht. Als Täter wurden damals zwei „arabischstämmige“ junge Männer, ein in Marokko gebürtiger deutscher Staatsbürger und ein aus Jordanien stammenden Palästinenser der Tat überführt [36]. Wenn also schon ein Aufstand der Anständigen, dann bitte bei PEGIDA mitgehen und zwar genau hinter dem Plakat „Gewaltfrei & vereint gegen Glaubenskriege auf deutschem Boden“. Denn sowohl im Jahr 2000 als auch im Sommer 2014 haben wir genau diese Glaubenskriege auf deutschem Boden erlebt, die wir nicht wollen. Interessant ist wie hier Schröder die Fakten um 180 Grad verdreht und ihm niemand Paroli bietet. Denn die gefühlte Wahrnehmung ist, dass sich jeder an den Kampf gegen Rechts erinnert und der Brandanschlag im Gedächtnis nicht mit „arabischstämmigen“ Tätern assoziiert wird, sondern mit Rechtsextremen. So etwas nennt man Manipulation.

Und ich bleibe dabei. Schröder weiß genau, was er tut und das was er tut, ist für mich unredlich und eine verabscheuungswürdige Täuschung der Wähler und eines ehemaligen Bundeskanzlers absolut unwürdig.

2. Könnte es sein, dass man von Politikern und Medien manipuliert wird?

Politiker und Medien erklären gebetsmühlenartig, dass keine Islamisierung drohe. Zum einen hätten wir derzeit nur 5% Muslime in Deutschland, und auch im Jahr 2030 würden es nicht mehr als 7% sein, und Dresden habe nun mal ganz und gar keinen Grund zu demonstrieren, da es dort nur etwa 4.000 Muslime gebe, was nur etwa 0,1% der Bevölkerung entspreche. [16]

Dieses Scheinargument ist an Dummheit kaum zu überbieten, denn:

- Auch wenn obige Zahlen im Prinzip korrekt sind, ist natürlich auch die Bevölkerungsstruktur von Interesse. Deutschland ist eine alternde Bevölkerung, so sind heute bereits 58% der Bevölkerung älter als 40 Jahre. Lediglich 23% der nichtmuslimischen Bevölkerung in Deutschland ist unter 25 Jahre [66], verglichen mit 42% der muslimischen Bevölkerung unter 25 Jahre in Deutschland [67].
- Aber wie Henryk M. Broder bereits richtig bemerkt: „Entscheidend ist nicht einmal das Verhalten der Minderheit, sondern die Haltung der Mehrheitsgesellschaft. Wenn über die Umwidmung von Kirchen in Moscheen geredet wird, wenn Weihnachtsmärkte in Wintermärkte umbenannt werden, wenn ahnungslose Ignoranten sich dafür starkmachen, dass in den Weihnachtsgottesdiensten muslimische Lieder gesungen werden, wenn die

Generalsekretärin der SPD den Begriff "Islamischer Staat" mit einem Bann belegen möchte, weil er die Ehre der Muslime verletzt (der Begriff und nicht das, was der Islamische Staat anstellt), dann kann von der Gefahr einer Islamisierung nicht die Rede sein, dann ist sie bereits in vollem Gange.“ [17]

- Wenn die Menschen lesen, wie es in Berliner Schulen zugeht [18] oder in Berlin Neukölln [19], dann ist das ein einziges Schreckensszenario, dem man den Riegel verschieben muss - auch zum Wohl der integrationswilligen Migranten. Die Bücher (Quellen [18] und [19]) sind wirklich lesenswert. Wem dies trotzdem zu aufwendig ist, der sollte zumindest die eine Seite [10] lesen.

- Ferner haben wir Politiker, die sich nichts Schöneres als eine Islamisierung vorstellen können, wie zum Beispiele:

Cem Özdemir (Hürriyet vom 8.9.98, auf Türkisch, abgedruckt im Focus am 14.9.98): "Was unsere Urväter vor den Toren Wiens (1683 mit Feuer und Schwert) nicht geschafft haben, werden wir mit unserem Verstand schaffen." Wobei Özdemir heute sagt, dass er diese Äußerung so nicht gemacht habe. Er sei von einer türkischen Zeitung falsch zitiert worden. Was er aber wirklich gesagt hat, verschweigt er leider. [20]

Claudia Roths Wunschvision für den Tag der deutschen Einheit 2005: Man könne doch, meinte die damalige Bundesvorsitzende der Grünen, am 3. Oktober nicht nur die deutsche Einheit, sondern auch den Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei feiern. Ihre Vision: „Am Nationalfeiertag der Deutschen ertrinken die Straßen in einem Meer aus roten Türkenflaggen und ein paar schwarzrotgoldenen Fahnen.“ [21]

Jürgen Trittin (2005): „Deutschland verschwindet jeden Tag immer mehr, und das finde ich einfach großartig.“ [22]

3. Beispiel, wie sie manipuliert werden

Können Sie sich noch erinnern? Ende November waren die Medien voll mit Schlagzeilen wie „Deutschland profitiert von Zuwanderung“ [23], „Einwanderer entlasten die Sozialsysteme“ [24], oder „Ausländer bringen Deutschland Milliarden“ [25]. Die Information dazu stammte aus einer Bertelsmann-Studie. (Anmerkung: Es gab aber auch wenige Medien, die es zumindest differenzierter dargestellt haben wie z.B. Die Welt: "Nur gut gebildete Migranten stützen Sozialkassen" [26][27]) Nachdem ich mich früher bereits mit diesem Thema beschäftigt hatte und mir zum Beispiel noch die Aussage von Prof. Raffelhüschen im Ohr lag, hatte ich so meine Zweifel. Raffelhüschen im Jahre 2008: „Dies führt dazu, dass über den gesamten Lebenszeitraum betrachtet, Ausländer weniger an den Staat zahlen, als sie an Leistungen erhalten. Unter dem Strich vergrößert die Zuwanderung so die Nachhaltigkeitslücke um rund eine Billion Euro“ [26].

Anlass genug also, diesem Widerspruch auf den Grund zu gehen. Also habe ich mir die Originalstudie [28] heruntergeladen und Folgendes herausgefunden. Dafür hat es übrigens ausgereicht, lediglich die ersten drei Seiten des Vorworts zu lesen. Ob unsere Journalisten damit bereits intellektuell überfordert sind oder ob es sich doch eher um eine bewusste Manipulation handelt, überlasse ich dem geneigten Leser. In diesen ersten drei Seiten steht nämlich im Wesentlichen: „Rechnet man alle Sozialtransfers inklusive der Ausgaben für Bildung und Bildungsförderung, die die 6,6 Mio. in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer 2012 erhalten haben, gegen die Steuern und Abgaben, die diese Gruppe im gleichen Jahr dem Staat überwiesen hat, bleibt dem Staat ein Nettogewinn von ... 22 Mrd. Euro im Jahr 2012; Deutschland profitiert finanziell also beachtlich von seiner ausländischen Wohnbevölkerung.“ Das steht auf Seite 1; auf Seite 3 folgt dann aber folgender

Passus: „Dass heutige und künftige Ausländergenerationen mehr Steuern und Beiträge zahlen, als sie an Sozialtransfers erhalten, reicht aber nicht aus, um zukünftig für nachhaltige öffentliche Finanzen in Deutschland zu sorgen. Stellt man alle allgemeinen Staatsausgaben, etwa für Verteidigung oder Straßenbau, mit in Rechnung, schlägt für jeden lebenden Ausländer ein langfristiges Staatsdefizit von 79.100 Euro, für jeden lebenden Deutschen von 3.100 Euro zu Buche. Wegen dieses Defizits weist das Staatsbudget, wenn nicht gehandelt wird, langfristig eine Tragfähigkeitslücke von fast 150 Prozent des Bruttoinlandsprodukts auf. Die ZEW-Studie zeigt allerdings, dass gesteuerte künftige Einwanderung ein Beitrag dazu sein kann, diese Lücke zu verringern und so die Bevölkerung fiskalisch spürbar zu entlasten.“

Anmerkung: BIP von 2012 = 2.645 Mrd. EUR, d.h. wir reden von einer Tragfähigkeitslücke von etwa 4 Bill. EUR.

Seriös wäre demnach die Zusammenfassung der Studie wie folgt: Kurzfristig hilft Migration den Sozialkassen, aber da die Migranten auch älter werden und im Durchschnitt bei weitem nicht so viel in die Sozialkassen einbezahlt haben als ein durchschnittlicher Deutscher, stehen wir vor einer Tragfähigkeitslücke gigantischen Ausmaßes. Deshalb müssen wir dringend gegensteuern. Einerseits durch mehr Investitionen in die Bildung von Migrantenkindern und zweitens durch gesteuerte künftige Einwanderung.

Diesen letzten Satz vergleichen wir nun mit der Position 11 im Positionspapier der PEGIDA: „PEGIDA ist FÜR eine Zuwanderung nach dem Vorbild der Schweiz, Australiens, Kanadas oder Südafrikas!“ Die Forderungen mögen zwar nicht wortgleich sein, sinngemäß sind sie aber sehr ähnlich.

Grundlos rufen die Demonstranten sicherlich nicht „Lügenpresse“

Im Focus war am 02.01.2015 ein ansonsten recht guter Artikel zum Thema „Wer sich fremd fühlt im eigenen Land, ist nicht gleich ein Ausländerhasser!“ Dort war zu lesen: „Das macht die AfD wie die Protestbewegung PEGIDA ja so gefährlich. Beide operieren mit emotionalem Unbehagen und nutzen dieses für die Demonstration der eigenen Stärke. Sie nehmen eine wachsende Spaltung der Gesellschaft in Kauf.“ Wer für diese Spaltung verantwortlich ist, ist zumindest an obigem Beispiel ganz offensichtlich. Das Ergebnis der Studie und die PEGIDA-Forderung sind objektiv gesehen sehr nahe beieinander, aufgrund der manipulativen Berichterstattung der Medien, verbunden mit hanebüchener PEGIDA-Beschimpfungen durch unsere Politiker könnte die empfundene Spaltung kaum größer sein.

Um dem Realitätsverlust unserer Politiker etwas bloßzustellen, hier einfach mal ein paar Beispiele empfundener Islamisierung

4. Islamisierung findet statt auch ohne 50% Mehrheit

Politiker und Reporter rechnen gerne vor, dass die Anzahl der Muslime in Deutschland gerade einmal 5% ausmacht und auch bis 2030 nicht mehr als 7% zu erwarten sind. Daraus schließen sie auf „diffuse Ängste“ der PEGIDA-Teilnehmer. Der Denkfehler der Politikern und Journalisten unbewusst, aber wahrscheinlich ganz bewusst unterläuft ist der, dass Islamisierung Deutschland keine Mehrheit der Muslime voraussetzt. Was PEGIDA-Teilnehmer und ich nicht wollen, sind zum Beispiel:

1. Keine No-go Areas (Die Welt vom 10.04.2010; [1])

„Der neue Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, sieht das staatliche Gewaltmonopol in einigen Migrantenvierteln der Republik nicht mehr gewährleistet. Im

Interview mit Morgenpost Online sagt er, in einige Straßenzüge Berlins, Duisburgs, Essens oder Kölns trauten sich Polizisten nicht mehr allein hinein.

Es gibt Straßenzüge in manchen Vierteln Berlins, Hamburgs, Duisburgs, Essens oder Kölns, in die sich Polizisten nicht mehr alleine hineintrauen. Wenn dort ein Beamter einen Autofahrer wegen überhöhtem Tempo kontrolliert, hat der blitzschnell 40 bis 70 Freunde herbeitelefoniert. Und wird der Beamte erst von so einer Menge bedrängt und beschimpft, muss der Rechtsstaat leider kapitulieren und sich zurückziehen. "

Welcher Nationalität oder Religion mögen wohl diese Menschen angehören, die blitzschnell 40-70 Freunde aktivieren können? Auch wenn der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft es politisch korrekt nicht offen ausspricht, kann man es doch aus folgendem Satz eindeutig ableiten: „Man stelle sich vor, dort würde von Nazis eine Moschee angezündet. Solch ein Brandanschlag mit rechtsextremem Hintergrund würde heutzutage Krawalle auslösen, die über alles Bekannte hinausgingen. Dann würde Deutschland unbeherrschbar, zumindest in manchen Vierteln.“

2. **Keine Scharia (Spiegel Online, 09.10.2010; [2])**

Führende Rechtsexperten der Kanzlerin widersprechen der irrigen Annahme von Angela Merkel: „Es gilt das Grundgesetz, und nicht die Scharia“. Denn „vor allem in Familien- und Erbrechtsfällen würden sich deutsche Gerichte in ihren Urteilen häufiger auf die Scharia berufen [...] In Köln verpflichteten Richter einen Iraner, nach der Scheidung 600 Goldmünzen Morgengabe an seine Ex-Frau zu zahlen. Sie stützten sich dabei auf die in Iran geltende Scharia. Zu einem ähnlichen Urteil kam das Oberlandesgericht Düsseldorf, das einen Türken zu 30.000 Euro Morgengabe an seine ehemalige Schwiegertochter verurteilte.

Das Nebeneinander verschiedener Rechtsvorstellungen sei "Ausdruck der Globalisierung", sagt der Erlanger Jurist und Islamwissenschaftler Mathias Rohe, "wir wenden islamisches Recht genauso an wie französisches." Doch während etwa Kanada für seine Einwanderer grundsätzlich keine ausländischen Rechtsregeln anerkennt, lässt das deutsche Recht solche Normen gelten - solange sie nicht der öffentlichen Ordnung und den Grundrechten zuwiderlaufen. Zwangsehen und Steinigungen sind deshalb verboten.“

Laut [57] befürworten 50% der muslimischen Einwanderer in Österreich die Einführung der Scharia im Ehe-, Familien- und Erbrecht in die österreichische Rechtsprechung.

Laut den Untersuchungen von Joachim Wagner. „Richter ohne Gesetz. Islamische Paralleljustiz gefährdet unseren Rechtsstaat“, wurden bei einer Umfrage im Jahr 2009 Ehrenmorde von immerhin 30% der türkischen Studenten in Deutschland – also im Bereich des oberen Bildungssektors – als „eine legitime Reaktion auf die Verletzung der Familienehre“ bezeichnet. [59]

3. **Keine Friedensrichter – keine Paralleljustiz**

Bild titelt: „Dieser „Friedensrichter“ urteilt im Namen Allahs!“ [31], und die Berliner Morgenpost [32]: „Der Berliner Senat will die Rolle sogenannter Friedensrichter untersuchen, die die Arbeit der Justiz sabotieren. Staatsanwälte und Richter hätten über Opfer schwerer Gewalttaten berichtet, die zunächst konkrete Täter nennen, aber vor Gericht Tat und Täter leugnen“

In der Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei steht (Oktober 2013): „Ein gängiges Beispiel für ein solches Rechtsverständnis sind Zwangsehen, die gegen den Willen eines oder zum Teil auch beider Ehepartner geschlossen werden. Solche erfolgen in der Annahme, für die zu Vermählenden die beste Wahl getroffen und somit aus Fürsorge oder auch im besten Sinne für die Familie(n) gehandelt zu haben. Ferner sind Entführungen, Blutrache, diverse Arten

von Gewalttaten bis hin zu sogenannten Ehrenmorden (Hinweis d. Red.: siehe „Ehrbezogene Verbrechen“ in DEUTSCHE POLIZEI 8/13) Erscheinungsformen der Parallel- oder auch Selbstjustiz innerhalb einer nicht integrierten, abgeschotteten Gesellschaft.“ [3]

4. **Keine Übervorteilung von Migranten gegenüber autochthoner Bevölkerung**

Deutsche Krankenversicherungen müssen für Familienmitglieder ausländischer Arbeitnehmer die Kosten für ambulante und stationäre Behandlungen bezahlen – selbst wenn diese *gar nicht in Deutschland wohnen*, sondern in ihrem Heimatland. Das gilt sogar für viele *Eltern* von in Deutschland krankenversicherten Ausländern aus der Türkei und den Nachfolgestaaten Jugoslawiens. [56]

5. **Keine „Juden ins Gas“ Rufe auf Demonstrationen**

Ich persönlich denke, dass diese Demonstrationen für Viele ein absoluter Schock waren und dass dies auch zur Bildung von PEGIDA beigetragen haben. Anfangs hoffte ich ja noch, dass die Grünen vielleicht jetzt mal aufwachen würden und sehen würden, welches Konfliktpotenzial sie ganz bewusst in unser Land hereingeholt haben, aber da irrte ich mich gewaltig. Die durch die Medien verbreitete gefühlte Wahrnehmung ist, dass PEGIDA um Faktoren schlimmer ist als die „Juden ins Gas“ Rufe. Wären die „Juden ins Gas“ Rufe von einer Kleindemo von 200 Rechtsradikalen gekommen, könnten wir uns der medialen Aufmerksamkeit sicher sein, gefolgt von einem „Aufstand der Anständigen“, „Lichterketten“, „nie wieder Demos“ und so weiter. Aber in diesem Fall waren es ja nicht nur ein paar hundert, sondern in Summe etwa 10.000 Demonstrierende. Vorwiegend Moslems, vereint mit einigen Rechtsradikalen auf Demonstrationen, die teilweise von „der Linken“ organisiert waren. Wie war das nochmal. Die Linken wollten doch mal so etwas wie die Friedenspartei sein. Folgende Daten (Anzahl Teilnehmer und Schlachtrufe) habe ich gefunden, ohne dass die Aufzählung vollständig wäre:

- Essen (2000 Menschen): "Allahu Akbar", „Kindermörder Israel“ [37]
- Berlin (1.500 Menschen): „Scheiß-Juden, wir kriegen euch!“ [43]
- Bochum (??? Menschen): "Kindermörder Israel"
- Frankfurt (2.500 Menschen): „Allahu Akbar“, "Kindermörder Israel", "Stop the Holocaust" [39]
- Gelsenkirchen (200 Menschen): " Hamas, Hamas – Juden ins Gas" [40]
- Dortmund (2000 Menschen): Kindermörder Israel“ „Stop Juden“, „Stoppt den Holocaust in Israel“ [41]

Und noch ein paar bemerkenswerte Details, die klar belegen, dass hier mit zweierlei Maß gemessen wird, bzw. dass die Polizei vor den Muslimen die Hose voll hat oder aufgrund eines politischen Befehls nicht angemessen reagieren darf. Nur der dumme Michel registriert das ganz genau:

- *Moslems dürfen in Deutschland Hitlergrüße und Hakenkreuze zeigen, „Sieg Heil“ und „Juden ab ins Gas“ brüllen oder „Adolf Hitler“-Sprechchöre anstimmen, ohne Strafen durch die Justiz zu befürchten.* Nach der „Juden ab ins Gas“-Demo in Essen am 18. Juli diesen Jahres, stellte die Staatsanwaltschaft Essen nun 45 der 49 eingeleiteten Strafverfahren ein. [38]
- Die deutsche Polizei schaute zu, war anderweitig beschäftigt oder schlicht überfordert. Oder gar klammheimlich einverstanden? [38]

- In einer [offiziellen Pressemitteilung](#) erklärte die Polizei von Gelsenkirchen später, die Demonstration sei *„insgesamt friedlich“* verlaufen. Von der Tatsache, dass der Ruf erfolgte, Juden zu vergasen, steht in der Pressemitteilung nichts. [40]

Und die deutsche Politik war zwar laut [44] beunruhigt, findet wenige Monate später angesichts PEGIDA solche Ängste allerdings nur noch als „diffus“. CDU-Generalsekretär Peter Tauber forderte "Null Toleranz". SPD-Vizechef Ralf Stegner verurteilte die antisemitischen Parolen aufs Schärfste. "Wer so etwas unterstützt, ist nicht mehr bei Trost", sagte er in Berlin. "Ich halte Antisemitismus in jeder Erscheinungsform für komplett unerträglich." Der Grünen-Innenpolitiker im Bundestag, Volker Beck, forderte Politik, Medien, Religionsgemeinschaften und Polizei auf, sich "der Welle antisemitischer Hetze" energischer entgegenzustellen. [44]

Aber es gibt keinen Aufstand der Anständigen [47]

Es war nämlich der Zentralrat der Juden selbst, der zu der Manifestation aufgerufen hat [47]. Die Großdemonstration gegen Judenhass war ein gesellschaftlicher Erfolg. Aber es war eben kein Aufstand der Anständigen. Die angegriffenen Juden sahen sich also selbst gezwungen, den Protest zu organisieren. [48]

Etwa 6000 Menschen haben sich am Sonntag am Brandenburger Tor in Berlin versammelt, um ein Zeichen gegen Antisemitismus zu setzen. Prominenteste Rednerin war die Bundeskanzlerin. [46]

"Wir wollen, dass sich Juden in Deutschland sicher fühlen. Sie sollen spüren, dass dieses Land unser gemeinsames Zuhause ist", sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) auf einer Kundgebung vor dem Brandenburger Tor in Berlin. Der Kampf gegen Antisemitismus sei Pflicht des Staates und der Bürger. Anschläge auf Synagogen würden konsequent mit allen rechtsstaatlichen Mitteln verfolgt — wie dies auch bei Anschlägen gegen Moscheen der Fall sei. [45] **Keine Kritik den Moslems, die sich derart fremdenfeindlich benommen haben?** Hat auch unsere Frau Bundeskanzlerin bereits Angst, die Dinge beim Namen zu nennen?

Interessant in diesem Zusammenhang ist auch die Stellungnahme des Vorsitzenden des Zentralrates der Juden (Dieter Graumann). So sagt es noch im August über die Demonstrationen: „Die schlimmsten Zeiten seit der Nazi-Ära“. Vier Monate später sagt dagegen der neue Vorsitzende des Zentralrates der Juden (Josef Schuster) im Bezug auf die PEGIDA-Demonstrationen: „Von wenigen Islamisten darauf zu schließen, in Deutschland drohe der Islam als Staatsreligion, sei ... absurd.“ Irgendwie ist das nicht stimmig. Das fällt auch Henryk Broder auf, der seinen interessanten Artikel „Nur nicht provozieren! Es könnte böse enden!“ mit einem guten Rat beendet: Josef Schuster aber, ein gebildeter Mann mit guten Manieren, sei an einen Satz von Winston Churchill erinnert: "Ein Appeaser ist jemand, der ein Krokodil füttert, in der Hoffnung, es werde ihn als Letzten fressen." [48]

6. **Sicherung der Lernerfolge deutscher Kinder in der Schule**

Aus [34]: Der Vorsitzende Heinz-Peter Meidinger regt an, die Quote von Migrantenkindern in Klassenzimmern zu begrenzen. Bei einem Anteil von über 40 Prozent sinke die Leistung erheblich. Die Verteilung von Deutschen und Migranten in einzelnen Schulen und Schularten müsse deshalb ausgeglichener werden.

„Das Potenzial dafür ist zweifellos da“, sagt er. Von dieser Idee hält Maria Böhmer nichts. „Das ist keine Lösung. Die Schulen mit einem hohen Migrantenanteil brauchen eine bessere Ausstattung, mehr Lehrkräfte und mehr Schulsozialarbeiter.“ Das Leistungsniveau der Klasse ist für Frau Böhmer offensichtlich von zweitrangiger Bedeutung, für die Eltern aber nicht. Bessere Ausstattung, mehr Lehrkräfte und mehr Schulsozialarbeiter werden Eltern nicht überzeugen, wenn in der vierten Grundschulklasse nur unterdurchschnittlich deutsch gesprochen wird, vergleiche „Isch gehe Scholhof“ [18].

5. Integrationswillen von Muslimen, Demokratie, Islamische Staaten, Christenverfolgung

Einige Ergebnisse der Studie „Muslime in Deutschland“ des Bundesinnenministeriums (2007) [5]:

- **Deutsche Staatsbürgerschaft:** Knapp ein Drittel der befragten Muslime besaß die deutsche Staatsbürgerschaft. Dennoch definierten sich nur 12,2% eher als Deutsche.
- **Integration:** 19,4% der befragten Muslime können als sprachlich und sozial schlecht integriert betrachtet werden, weitere 37,6% als mäßig integriert.
- **Gewalt:** Über 90% lehnen die Tötung anderer Menschen im Namen Gottes als nicht legitimierbar ab (d.h. aber immerhin bis zu 10% sieht das anderes). Aber knapp unter 40% halten „die Anwendung physischer Gewalt als Reaktion auf die Bedrohung des Islams durch den Westen für legitim“. Etwa ein Viertel der Jugendlichen bejaht die eigene Bereitschaft zu körperlicher Gewalt gegen Ungläubige im Dienst der islamischen Gemeinschaft. Rechnet man die Gruppe der hoch Demokratiedistanten zu denjenigen hinzu, die in hohem Maß religiös-politisch motivierte Gewalt für legitim halten, geht die Studie von einem Anteil von insgesamt 13,9% der Muslime in Deutschland aus.
- **Religionsfreiheit:** Rund 30% meinen „völlig“ oder neigen „eher zu“, dass es verboten sein sollte, Muslime dazu zu bringen, die Religion zu wechseln.
- **Strafen:** 33,6% befürworten die Todesstrafe, für Deutschland befürworten rund 9,4% die Strafen der Scharia.

Einige Ergebnisse einer Studie „Muslime in Deutschland“ des Bundesinnenministeriums (2012) [6]:

- **Toleranz:** 33 Prozent der nichtdeutschen Muslime äußern zudem Vorurteile gegenüber Juden
- **Integration:** 22 Prozent lehnen die Integration ganz klar ab. Bei den nichtdeutschen Muslimen befürworten lediglich 52 Prozent eine Integration, während 48 Prozent dagegen „starke Separationsneigungen“ zeigen.

Ergebnisse der SCIICS-Studie (Six Country Immigrant Integration Comparative Survey) [4] des WZB zu Einwanderern und Einheimischen in sechs europäischen Ländern - Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Belgien, Österreich und Schweden - stellt erstmals eine solide empirische Basis zur Beantwortung dieser Fragen bereit. 2008 wurden 9.000 Personen mit türkischem oder marokkanischem Migrationshintergrund und eine einheimische Vergleichsgruppe befragt.

Fast 60 Prozent stimmen der Aussage zu, dass Muslime zu den Wurzeln des Islam zurückkehren sollten; **75 Prozent meinen, dass nur eine Auslegung des Korans möglich ist, an die sich alle Muslime halten sollten**; und **65 Prozent sagen, dass ihnen religiöse Regeln wichtiger sind als die Gesetze des Landes**, in dem sie leben. Durchgängig fundamentalistische Überzeugungen mit der Zustimmung zu allen drei Aussagen finden sich bei 44 Prozent der befragten Muslime.

Demokratie ist dem Islam fremd

Der ehemalige Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Ayyub Axel Köhler, schrieb bereits 1981 das Folgende: „In den klassischen islamischen Verfassungen ist von Demokratie, so wie sie in den modernen westlichen Staaten ausgeprägt ist, nichts zu spüren. Die klassischen islamischen Staatstheorien lehnen das Prinzip der Volkssouveränität ab. Die Abneigung gegenüber dem demokratisch-parlamentarischen System hat im Islam also eine begründete Tradition. Der islamische Herrscher sollte am besten mittels Wahl bestimmt werden, erkannten schon die Staatsrechtler des goldenen islamischen Mittelalters. **Das islamische Gesellschaftssystem wird damit aber keineswegs zu einer Demokratie. Diese Staatsform ist dem Islam fremd.**“ [58]

Der ehemalige BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel sagte kürzlich [62]: „**Es gibt 57 muslimische Länder und es gibt nur ein einziges, das sich zur Zeit auf dem Weg zur Menschenrechtsachtung, zur Gleichstellung der Frau und zur Demokratie macht**: Das ist Tunesien. Ich war mal der Meinung, dass das in der Türkei auch so war. Ich war noch vor zehn Jahren für die Mitgliedschaft der Türkei in der EU. Seit Erdogan nicht mehr.“

Verfolgte Christen

Open Doors hilft seit 1955 verfolgten Christen in aller Welt als Menschenrechtsorganisation und Hilfswerk und veröffentlicht jährlich den Weltverfolgungsindex, einer Rangliste von 50 Ländern, die anzeigt, wo Christen wegen ihres Glaubens am Stärksten verfolgt und diskriminiert werden. Wenn man sich einmal die 15 Länder mit den schwersten Christenverfolgungen ansieht, so sind diese, abgesehen von Nordkorea und Vietnam allesamt islamische Staaten. **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** Alleine in Pakistans (96% Muslime) sind seit 1987 mehr als 1.400 Menschen wegen „Gotteslästerung“ zum Tode verurteilt worden [61].

6. Wo soll das hinführen?

Ein Blick in die Länder, die einen höheren Anteil an muslimischen Migranten haben, zeigt, wo die Reise hingehen kann, wenn nicht klare Regeln aufgestellt werden. Regeln allerdings, zu denen Rot-Grün ganz offensichtlich unwillig/unfähig sind und CDU/CSU, von den Medien getrieben und ohne Druck von AfD und PEGIDA ganz offensichtlich auch nicht:

1. Großbritannien

In Großbritannien gibt es bereits fünf Scharia-Gerichte, die von der Regierung stillschweigend eingeführt wurden. Sie dürfen in zivilrechtlichen Angelegenheiten für Muslime Recht sprechen, beispielsweise wenn es um Scheidung oder Streit ums Geld geht, aber auch bei häuslicher Gewalt, wie die Times berichtet. Und die Urteile werden nun auch von britischen

Gerichten anerkannt. [53] Es ist eine undurchschaubare Parallelwelt, in der Englisch und Arabisch gesprochen wird, und die auf manche Briten bedrohlich wirkt. [51]

2. Schweden

Die schwedische Flagge in schwedischen Schulen verboten, da sie von „bestimmten Gruppen“ als rassistisch wahrgenommen werden könnte. Hintergrund: Die Flagge zeigt ein gelbes Kreuz auf blauem Hintergrund. [52]

3. Norwegen

Die auflagenstärkste norwegische Zeitung Aftenposten (norwegisch für: „Die Abendpost“) aus Oslo schreibt [54]:

Laut des Polizeiberichts „Vergewaltigung in Oslo 2007“ hatten 72,8% der Täter in dem Jahr einen anderen Nationalitätshintergrund als norwegisch. Deshalb fordert Hanne Kristin Rohde, Leiter der Osloer Polizei „Gewalt und sexuelle Division“, im Jahr 2009 mehr präventive Arbeit unter den Männern ausländischer Herkunft: „Wir sehen, dass viele von ihnen ein Frauenbild haben, das es gestattet, dass sie, wann immer sie wollen, Kontrolle über andere Personen ausüben können, insbesondere Frauen.“

4. Italien

Ein italienischer Friedensrichter hat drei Mädchen zur Zahlung einer Geldstrafe verurteilt, weil sie an einem italienischen Privatstrand in der Gegenwart vollständig verhüllter muslimischer Frauen nur den Bikini trugen. Jede der drei Verurteilten muss 2.582 Euro Strafe bezahlen. Das berichtete die italienische Tageszeitung „Corriere del mattino“. [50]

5. Österreich

Laut [57] befürworten 50% der muslimischen Einwanderer in Österreich die Einführung der Scharia im Ehe-, Familien- und Erbrecht in die österreichische Rechtsprechung. Die Scharia sieht im Erbrecht beispielsweise vor, dass eine Frau nur halb soviel erbt, wie ein Mann. Damit ist die Scharia grundgesetzwidrig, da das deutsche Grundgesetz die Gleichberechtigung von Mann und Frau fordert.

7. Reale Gefahr auch bei uns

In Wikipedia [68] lesen wir: „Heinz Buschkowsky ist ein deutscher Politiker (SPD). Er ist seit dem 1. Dezember 2001 Bezirksbürgermeister des Berliner Bezirks Neukölln. Buschkowsky engagiert sich nach eigener Aussage vor allem für die Integration von Migranten und für einen Abbau der Defizite in der Integrationspolitik.“

Somit vereint Heinz Buschkowsky gleich zwei Vorteile:

- Er weiß wovon er redet, da er seit 14 Jahren Bezirksbürgermeister in Neukölln ist.
- Er ist SPD-Politiker und kann von daher medial nicht so leicht abgeschossen werden.

Lesen wir kurz, was er zur aktuellen Gefahr von Islamisten in Deutschland sagt [10]: „Wir dürfen nicht aus Bequemlichkeit und Konfliktscheu die Tatsache ignorieren, dass **unsere Sicherheitsbehörden die Zahl aktiver Islamisten in Deutschland inzwischen auf 40.000 bis 50.000 schätzen**. Das ist nichts, wo wir sagen dürfen: Na ja, die paar Leute, das gibt sich wieder. Ich denke nicht, dass sich das gibt, sondern dass dieser Zulauf zu den Fundamentalisten so weitergeht. Deswegen sage ich: Wenn wir weiterhin Lehrer, RektorInnen, integrierte Migranten mit sozialem Engagement, die sich vor Ort nicht hinnehmbaren Entwicklungen alltäglich entgegenstellen, dabei alleine lassen – und ihnen obendrein noch mangelnde Flexibilität und islamophobe Intoleranz unterstellen –, werden

wir das früher oder später bitter zu bereuen haben. **Wie lange kann eine Gesellschaft sich diesen Laissez-faire-Modus leisten und Dinge zulassen, die ihren Bestand letztlich gefährden werden?“**

Man kann es auch anders ausdrücken: Im statistischen Mittel ist etwa jeder 100.te muslimischer Migrant ein aktiver Islamist.

Abschließende Anmerkungen:

Bis auf die erste Seite wurde das Dokument vor dem Anschlag am 07.01.2015 in Paris geschrieben.

Wahrheit ist mir wichtig. Sollten Sie meinen, einen Fehler erkannt zu haben oder über Studien verfügen, die zu signifikant anderen Ergebnissen kommen, würde ich mich über eine Mail an newsletter_60@web.de freuen. Fehlerhafte Angaben werden umgehend entfernt.

Weitergabe des Dokuments nicht ohne Einwilligung des Autors. Anfragen an obige Mailadresse.

8. Quellen

- [1] <http://www.welt.de/politik/deutschland/article7122561/Polizei-warnt-vor-Chaos-in-Migrantenvierteln.html>
- [2] <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/familien-und-erbrechtsfaelle-deutsche-gerichte-wenden-scharia-an-a-722220.html>
- [3] Islamische Friedensrichter - Paralleljustiz in Deutschland, in Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei, Oktober 2013 [http://www.gdp.de/id/dp201310/\\$file/DP_2013_10.pdf](http://www.gdp.de/id/dp201310/$file/DP_2013_10.pdf)
- [4] http://www.wzb.eu/sites/default/files/u252/s21-25_koopmans.pdf
- [5] „Muslime in Deutschland“; Eine Studie des Bundesinnenministeriums, 2007 http://www.islaminstitut.de/uploads/media/BMIMuslimeinD_02.pdf
- [6] <http://www.bild.de/politik/inland/muslime/schock-studie-muslime-verweigern-integration-22901072.bild.html>
- [7] http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_72139572/nrw-innenminister-warnt-hinter-pegida-stecken-neonazis-in-nadelstreifen-.html
- [8] <http://www.welt.de/politik/deutschland/article135414511/Was-die-Menschen-in-Massen-auf-die-Strassen-treibt.html>
- [9] http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_72139572/nrw-innenminister-warnt-hinter-pegida-stecken-neonazis-in-nadelstreifen-.html
- [10] <http://www.derhauptstadtbrief.de/cms/index.php/105-der-hauptstadtbrief-126/677-ein-teil-der-gesellschaft-wendet-sich-ab>
- [11] <http://www.taz.de/!82339/>
- [12] <https://charismatismus.wordpress.com/2014/04/27/8-tage-haft-fur-mutter-weil-ihr-sohn-nicht-an-sexualkunde-teilnehmen-wollte/>
- [13] <http://www.welt.de/print-wams/article122357/Lufthoheit-ueber-Kinderbetten.html>
- [14] <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/01/01/islamische-monarchie-saudi-arabien-lobt-merkel-fuer-anti-pegida-rede/>
- [15] <https://www.amnesty.de/kurzinfo/2013/5/saudi-arabien>
- [16] <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/pegida-die-thesen-im-faktencheck-a-1008098.html>
- [17] <http://www.welt.de/debatte/henryk-m-broder/article135806015/Entwarnung-Alles-gut-mit-dem-Islam-in-Deutschland.html>
- [18] <http://www.amazon.de/Isch-geh-Schulhof-Unerh%C3%B6rtes-Grundschullehrers/dp/3404606965>
- [19] Die andere Gesellschaft (Heinz Buschkowsky); <http://www.ullsteinbuchverlage.de/nc/buch/details/die-andere-gesellschaft-9783550080500.html>
- [20] <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/einbuengerung-von-tuerkischstaemmigen-als-wahlbetrug-an-deutscher-bevoelkerung-bezeichnet-csu-warnt-vor--islamischer-republik-deutschland-,10810590,9483450.html>
- [21] Welt am Sonntag vom 6. Februar 2005. <http://www.welt.de/print-wams/article122863/Hinter-List.html>
- [22] Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 02.01.2005, Seite 6
- [23] <http://www.dw.de/deutschland-profitiert-von-zuwanderung/a-18095708>

- [24] <http://www.zeit.de/wirtschaft/2014-11/zuwanderung-deutschland-folgen-fuer-sozialstaat>
- [25] <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/auslaender-bringen-deutschland-laut-studie-milliardeneinnahmen-a-1005217.html>
- [26] http://www.welt.de/welt_print/article2201517/Staat_muesste_vier_Billionen_Euro_fuer_die_Zukunft_zuruecklegen.html
- [27] <http://www.welt.de/politik/deutschland/article134773900/Nur-gut-gebildete-Migranten-stuetzen-Sozialkassen.html>
- [28] http://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/ZEW_BeitragZuwanderungStaatshaushalt2014.pdf
- [29] https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressekonferenzen/2013/BIP2012/Press_ebroschuere_BIP2012.pdf?blob=publicationFile
- [30] http://www.focus.de/politik/deutschland/fietz-am-freitag/zur-asyl-debatte-die-angst-vieler-deutschen-ernst-nehmen_id_4379633.html#
- [31] <http://www.bild.de/news/inland/salafismus/dieser-friedensrichter-urteilt-im-namen-allahs-29563968.bild.html>
- [32] <http://www.morgenpost.de/printarchiv/titelseite/article135123019/Berlin-will-gegen-selbst-ernannte-Friedensrichter-vorgehen.html>
- [33] http://www.zukunftskinder.org/?page_id=9604
- [34] Philologenverband will Migranten besser verteilen (2010);
<http://www.welt.de/politik/deutschland/article10247877/Philologenverband-will-Migranten-besser-verteilen.html>
- [35] <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-12/pegida-gerhard-schroeder-aufstand-der-anstaendigen>
- [36] http://de.wikipedia.org/wiki/Aufstand_der_Anst%C3%A4ndigen
- [37] <https://derhonigmann sagt.wordpress.com/2014/11/30/nach-juden-ab-ins-gas-demo-in-essen-45-von-49-straftverfahren-eingestellt/>
- [38] <http://www.cicero.de/berliner-republik/gaza-konflikt-und-europa-der-judenhass-ist-wieder-da/57962>
- [39] <http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/demonstration-eskaliert-anti-israel-parolen-ueber-polizeilautsprecher-verbreitet-13044034.html>
- [40] <http://tapferimnirgendwo.com/2014/07/13/wenn-es-dunkel-wird-in-gelsenkirchen-juden-ins-gas/>
- [41] <http://www.welt.de/regionales/duesseldorf/article130133483/Linke-und-Rechtsextreme-protestieren-gegen-Israel.html>
- [42] <http://antifaunion.blogspot.de/2014/07/12/antiisraelische-demonstration-in-dortmund/>
- [43] <http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/19742>
- [44] <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/entsetzen-ueber-antisemitische-hass-parolen-aid-1.4402199>
- [45] <http://www.tagesschau.de/inland/antisemitismus-108.html>
- [46] <http://www.sueddeutsche.de/politik/merkel-bei-kundgebung-gegen-judenhass-juedisches-leben-ist-teil-unserer-identitaet-1.2129122>
- [47] <http://www.taz.de/!145966/>
- [48] <http://www.berliner-zeitung.de/meinung/presseschau-antisemitismus-demo-das-war-kein-aufstand-der-anstaendigen,10808020,28417442.html>
- [49] <http://www.welt.de/debatte/henryk-m-broder/article135658874/Nur-nicht-provozieren-Es-koennte-boese-enden.html>

- [50] <http://www.kath.net/news/45918>
- [51] http://www.rhein-zeitung.de/startseite_artikel,-Reportage-Ausbreitung-der-Sharia-Justiz-macht-den-Briten-Angst-_arid,375522.html
- [52] <http://speisa.com/modules/articles/index.php/item.574/swedish-school-bans-the-swedish-flag.html>
- [53] <http://www.heise.de/tp/news/In-Grossbritannien-koennen-Scharia-Gerichte-rechtskraeftige-Urteile-sprechen-2017624.html>
- [54] <http://www.aftenposten.no/nyheter/iriks/article3028203.ece>
- [55] Patrick J. Buchanan, Der Tod des Westens S. 83
- [56] http://www.zukunftskinder.org/?page_id=9604
- [57] http://www.bmi.gv.at/cms/BMI_Service/Integrationsstudie.pdf, Seite 44
- [58] Ayyub Axel Köhler (heute ZMD-Vorsitzender), Islam-Leitbilder der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, 1981, S. 32 f. zitiert nach http://de.wikipedia.org/wiki/Ayyub_Axel_K%C3%B6hler
- [59] Christine Schirrmacher: Friedensrichter, Streitschlichter, Schiariengerichtshöfe: Ist die Rolle der Vermittler auf den säkularen Rechtsstaat übertragbar? https://www.uni-trier.de/fileadmin/fb5/inst/IRP/Rechtspolitisches_Forum/62_Schirrmacher_EBook_geschuetzt.pdf
- [60] <https://www.opendoors.de/verfolgung/weltverfolgungsindex2015/weltverfolgungsindex2015/>
- [61] <http://www.idea.de/nachrichten/detail/menschenrechte/detail/pakistan-seit-1987-mehr-als-1400-urteile-wegen-gotteslaesterung-88832.html>
- [62] <http://www.regensburg-digital.de/hans-olaf-henkel-afd-regensburg-das-muss-man-doch-thematisieren-duerfen/08112014/>
- [63] <http://www.i-finger.de/pegida-positionspapier.pdf>
- [64] https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=1533713936883852&id=100007357818629&fref=nf
- [65] <http://www.eva-herman.de/microsite/familienpolitik/kinderkrippen.html>
- [66] Eigene Berechnung auf Basis von: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/1365/umfrage/bevoelkerung-deutschlands-nach-altersgruppen/>
- [67] <https://arprin.wordpress.com/2012/11/16/wird-europa-islamisiert/>
- [68] http://de.wikipedia.org/wiki/Heinz_Buschkowsky
- [69] <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2014-12/maas-pegida-schande>
- [70] http://de.wikipedia.org/wiki/Patriotische_Europ%C3%A4er_gegen_die_Islamisierung_des_Abendlandes
- [71] <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/pegida-die-neue-abkuerzung-fuer-auslaender-raus-a-1007914.html>
- [72] <http://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2015/die-gefahr-wurde-systematisch-kleingeredet/>